



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung
Tübingen

Harald Lob und Matthias Oel

Informationsgesellschaft und Regionen

Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der
Europäischen Informationsgesellschaft

Occasional Papers
Nr. 14/1

Harald Lob und Matthias Oel

Informationsgesellschaft und Regionen

Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der
Europäischen Informationsgesellschaft

Occasional Papers

Nr. 14 / 1

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)

Anschrift: Nauklerstraße 37a
D-72074 Tübingen
Telefon: ++49 (0) 7071 / 297 7368 & 297 7190
Fax: ++49 (0) 7071 / 922876

Vorstand: Prof. Christopher Harvie, Ph.D.
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Franz Knipping
Prof. Dr. Günter Püttner
Prof. Dr. Roland Sturm
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

Koordination: Oliver Will, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Januar 1997.
Erschienen im Selbstverlag.
ISBN-Nr.: 3-9805358-1-9
Schutzgebühr DM 8,00

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung / Abstract / Résumé	4
A. Einleitung	5
B. Wirtschaftspolitische Aspekte der europäischen Informationsgesellschaft	6
B.1 Notwendige Liberalisierungsmaßnahmen	6
B.2 Liberalisierung und Regulierung	7
C. Regionalpolitische Aspekte der europäischen Informationsgesellschaft	9
C.1 Das regionalpolitische Idealbild der europäischen Informationsgesellschaft	9
C.2 Informationsgesellschaft und Kohäsion - der gegenwärtige Stand	10
C.3 Regionalpolitische Maßnahmen der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft	11
C.4 Aktuelle Initiativen der Europäischen Kommission	15
D. Schluß	15
Anmerkungen	17

Hinweis:

Ein zweites Teilheft aus der Reihe „Informationsgesellschaft und Regionen“, das im Frühjahr 1997 erscheinen wird, beschäftigt sich mit den Perspektiven der Forschung.

Notice:

A second „Occasional Papers“ (Nº. 14/2) deals with „Information Society and Regions“ from an academic point of view. It will be published in spring 1997 and proposes an agenda for further research in this field.

Zusammenfassung:

Der vorliegende Beitrag gibt sowohl einen aktuellen Überblick über die Maßnahmen der Europäischen Union in den letzten Jahren als auch besonders über die im Jahr 1996 verabschiedeten Maßnahmen der Kommission zur Informationsgesellschaft.

Die schrittweise Liberalisierung des Telekommunikationssektors ermöglicht neue Angebote, die gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit in anderen Sektoren, auch in entlegenen Regionen, erhöhen.

Aus der Sicht der Regionen wird das Idealbild der Europäischen Informationsgesellschaft dann erreicht sein, wenn in allen Regionen der Europäischen Union die Bürger, Wirtschaftsunternehmen und Organisationen gleichermaßen Zugang zu den Netzen der Informationsgesellschaft haben werden; sie müssen zudem ökonomisch in der Lage und entsprechend qualifiziert sein, um die bereitgestellten Dienstleistungen in ausreichendem Maße aktiv und gewinnbringend in Anspruch nehmen zu können.

Die Europäische Kommission ist sowohl durch die Vorlage von Richtlinien und Verordnungen als auch im Rahmen von einzelnen Pilotprojekten tätig geworden, um die Vorteile der Europäischen Informationsgesellschaft zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in Europa zu nutzen.

Abstract:

The paper deals with the wide spectrum of measures taken by the European Union during the recent years and informs about the decisions taken by the Commission concerning the evolution of the Information Society in the EU up to 1996.

The incremental liberalisation of the telecommunications sector leads to new possibilities which will also increase the ability of other sectors to compete, including remote regions.

From the regions' perspective the ideal of the European Information Society will be realised when all European citizens, enterprises and organisations will equally be in a position to use the networks of the Information Society; they must be in the economic position and adequately qualified to benefit from the services on offer.

The European Commission started a wide spectrum of initiatives concerning the European Information Society in order to support the economic and social cohesion in Europe. Measures of that kind are directives and regulations as well as single pilot schemes.

Résumé:

Le présent document fait état de l'ensemble des mesures qui ont été prises par l'Union Européenne au cours des dernières années, en particulier celles adoptées en 1996 par la Commission Européenne dans le domaine de la Société de l'Information.

La libéralisation progressive dans le secteur des télécommunications engendre de nouvelles offres lesquelles permettent d'augmenter la compétitivité dans d'autres secteurs y inclus ceux implantés dans les régions périphériques.

Du point de vue des régions, la Société de l'Information idéale existera lorsque tous les citoyens, entreprises et organisations auront accès aux réseaux de la Société de l'Information. En plus, ils devront avoir une position économique et une qualification adéquates pour pouvoir bénéficier de manière active et profitable des services qui seront ainsi proposés.

La Commission Européenne a pris une série de mesures telles que des directives et des règlements ainsi que des initiatives liées à des projets pilotes spécifiques afin que les avantages de la Société de l'Information profitent à la cohésion économique et sociale.

A. Einleitung

Europa ist Teil der globalen Informationsgesellschaft, so die übereinstimmende Analyse in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union¹.

Die Europäische Kommission hat Reichweite und Bedeutung der Informationsgesellschaft 1993 in ihrem "Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung"² auf den Punkt gebracht: "Die Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer Informationsgesellschaft ist ein unabwendbarer Trend, der alle 'Rädchen' der Gesellschaft wie auch die Beziehungen zwischen Wirtschaftspartnern erfaßt."³ Der Wandel zu einer Informationsgesellschaft und die damit verbundenen Möglichkeiten werden in ihrer langfristigen Bedeutung mit der ersten industriellen Revolution verglichen⁴.

Die folgenden Beispiele machen deutlich, daß diese Aussagen nicht übertrieben sind:

Fachleute gehen davon aus, daß der Weltmarkt für informationswirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen bezogen auf den Umsatz 1993 fast 3,3 Billionen DM ausmachte. Damit ist die Informationswirtschaft in dieser Abgrenzung neben der Tourismusbranche derzeit bereits der weltweit größte Wirtschaftszweig. Auch zukünftig werden in den einzelnen Marktsegmenten zum Teil jährliche Wachstumsraten von 7 - 15 % erwartet⁵.

Nachhaltige Auswirkungen haben diese Entwicklungen auch auf die Beschäftigung. Nach Schätzungen der OECD gehen in Japan heute 22 % der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe auf das Konto der High-Tech-Branchen (z. B. Computerindustrie, Maschinenbau, Fertigung von Pharmazeutika oder wissenschaftlichen Instrumenten). In den USA und in Westdeutschland lagen die Größenordnungen mit 21 bzw. 20 % auf etwa gleichem Niveau. Experten wagen sogar die Prognose, daß zur Jahrtausendwende in der Informationstechnik mehr Arbeitsplätze bestehen werden als in der Automobilindustrie⁶.

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten haben ihr Augenmerk während der ersten Verwirklichungsphase der europäischen Informationsgesellschaft neben den notwendigen rechtlichen Neuregelungen vor allem auf Deregulierung und Liberalisierung gerichtet. Durch weitgehende Öffnung der vorhandenen Monopole⁷ für den Wettbewerb wurde ein neuer ordnungspolitischer Rahmen hergestellt, der einen weitgehend unbeschränkten Wettbewerb gestattet.

Die Informationsgesellschaft ist mehr als Datenautobahnen, sie ist auch mehr als nur Hardware. Vielmehr sind damit auch kulturelle und soziale Aspekte verbun-

den, die in verschiedenen Politikfeldern integriert werden müssen. Die Informationsgesellschaft strahlt in eine Vielzahl von Bereichen aus, Somit werden sich auch Teilbereiche der europäischen Politik, wie zum Beispiel die Regional- und Strukturpolitik sowie die Sozialpolitik ändern. Auch Fragen des Urheberrechtes, des Schutzes der Persönlichkeitssphäre und ein neu formulierter Datenschutz müssen beantwortet werden.

Im folgenden wird zunächst ein allgemeiner Überblick sowohl über die Maßnahmen der Europäischen Union in den vergangenen Jahren als auch über die im Jahr 1996 verabschiedeten Maßnahmen der Europäischen Kommission zur Informationsgesellschaft gegeben. Als wohl wichtigstes Beispiel für die übergreifende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien wird in einem weiteren Abschnitt die regionalpolitische Seite der Informationsgesellschaft dargestellt.

B. Wirtschaftspolitische Aspekte der europäischen Informationsgesellschaft

B.1 Notwendige Liberalisierungsmaßnahmen

Technischer Fortschritt und eine Vielzahl neuer Dienste werden der Telekommunikation auch in Zukunft hohe Wachstumsraten bescheren. Damit gehört die Telekommunikationsindustrie volkswirtschaftlich zu den künftigen Schlüsselbranchen. Die Entwicklung ist jedoch um so dynamischer, je mehr auf dem Markt wirksamer Wettbewerb herrscht. Erst hierdurch wird die Voraussetzung für den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft geschaffen, denn bislang gab es in den meisten Ländern staatliche Monopole, die die Netzstrukturen im Telefondienst beherrschten.

Da staatlich geschützte Monopole Investitionen potentieller privater Anbieter verhindern, war Ziel zunächst die Schaffung eines wirksamen Wettbewerbs.

Die wesentlichen Liberalisierungsschritte waren:

Die Kommission hat der Schaffung der Voraussetzungen für einen raschen Übergang in die Informationsgesellschaft mit der Vorlage des Weißbuches zu "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" im Dezember 1993⁸ höchste Priorität eingeräumt. Der Bericht "Europa und die globale Informationsgesellschaft"⁹ einer Expertengruppe vom Mai 1994 lieferte eine Analyse der anzugehenden Probleme, der Aktionsplan der Kommission vom Juli 1994¹⁰ die Vorschläge für ein Paket von Maßnahmen auf EU-Ebene.

Die Öffnung der Telekommunikationsmärkte, einschließlich der Netzinfrastruktur, wird Privatkapital im großen Umfang der Infrastrukturerweiterung zuführen. Diese Entwicklung wird mittlerweile von den meisten Politikern auch auf nationaler Ebene grundsätzlich begrüßt. Die Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens für die Telekommunikation zum 1. Januar 1998¹¹ und die Öffnung wichtiger Marktsegmente (Mobil- und Satellitenfunk, Nutzung von Kabelfernsehnetzen für die Telekommunikation und alternative Infrastrukturen für liberalisierte Dienste) schon vor diesem Zeitpunkt werden die wirtschaftliche Entwicklung begünstigen.

Wettbewerb fördert die Angebotsvielfalt und initiiert Innovationen. In aller Regel führt Wettbewerb zu günstigeren Preisen für die Konsumenten. Markt und Wettbewerb allein können jedoch nicht immer sicherstellen, daß gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich erwünschte Ziele verwirklicht werden. Dies gilt zum Beispiel im Hinblick auf verfassungsmäßig festgeschriebene Aufträge zur Sicherung eines flächendeckenden, angemessenen und ausreichenden Dienstleistungsangebots im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation.

B.2 Liberalisierung und Regulierung

Zu prüfen ist hier jedoch immer, ob die bestehenden Regulierungen hinreichend und notwendig sind, um die gewünschten Ziele zu erreichen, oder ob nicht andere Wege gefunden werden müssen. Die Liberalisierungsmaßnahmen der Europäischen Kommission erfolgten nicht nach dem "Wild-West-Prinzip". Mit jeder Liberalisierung waren auch Überlegungen verbunden, ob nicht neue Regulierungen erforderlich wären.

Hierin kommt der grundsätzlich neue Charakter der Politik der Europäischen Kommission zum Ausdruck: Beispielsweise hat sie sich bereits sehr frühzeitig mit Fragen in den Bereichen Schutz des geistigen Eigentums, Schutz der Persönlichkeitssphäre und Datenschutz beschäftigt. Aber auch neue technische Regulierungen sind erforderlich, um den Zusammenschluß zwischen verschiedenen Netzen zu ermöglichen. Die Europäische Kommission bemüht sich daher, den Ausbaus des Binnenmarktes für die neuen Produkte und Dienstleistungen zu vervollkommen.

Der G7-Gipfel¹² in Brüssel im Februar 1995 entsprach dem Konzept des Berichtes "Europa und die globale Informationsgesellschaft" auf weltweiter Ebene. Die anwesenden Delegationen stimmten einer Reihe von gemeinsamen Grundsätzen für die globale Informationsgesellschaft zu, weil diese nur auf einer globalen Basis vorteilhaft für alle sein kann:

- Förderung eines dynamischen Wettbewerbs und der privaten Investitionen

- Definition eines ordnungspolitischen Rahmens
- Ermöglichung des freien Zugangs zu den Netzen
- Schutz der Privatssphäre
- Datenschutz
- Urheberschutz
- Aus- und Fortbildung
- Entwicklung eines globalen Handels.

Somit fand der europäische ordnungspolitische Rahmen eine Parallele auf globaler Ebene. Mit Hilfe verschiedener Projekte, die sich auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene ähneln, kann die notwendige Akzeptanz für die Informationsgesellschaft geschaffen werden. Damit das bestehende Liberalisierungstempo beibehalten werden kann. Es kommt in der gegenwärtigen Phase darauf an, die Schnittpunkte der Verwirklichung der Informationsgesellschaft und der anderen Politikfelder in der Europäischen Union näher zu untersuchen, oder anders: Standen bisher Marktöffnung und Liberalisierung im Vordergrund, geht es in der "zweiten Phase" vor allem darum, daß der Information-Highway nicht zu einer Einbahnstraße für wenige wird, eine Straße, die nur durch zentrale Regionen führt und in abseits gelegenen Gebieten durch die Schilder "Sackgasse" oder "Durchfahrt verboten" gekennzeichnet ist.

Die jüngsten weltweiten Entwicklungen machen ein Überdenken der bereits ergriffenen Maßnahmen sowie die Berücksichtigung von Zielen, die ursprünglich im Aktionsplan nicht genannt wurden, notwendig.

In einem Ende Juli 1996 von der Kommission verabschiedeten Paket zur Informationsgesellschaft¹³ werden diese Zusammenhänge deutlich gesehen. Dort sind folgende Schwerpunkte enthalten:

- In ihren Mitteilungen "Die Informationsgesellschaft - von Korfu bis Dublin: neue Prioritäten" und "Die Bedeutung der Informationsgesellschaft für die Politik der Europäischen Union - Vorbereitung auf die nächsten Schritte"¹⁴ stellt die Kommission die neuen politischen Prioritäten dar. Sie identifiziert hierin vier Schwerpunkte von gleicher Bedeutung:
 1. Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds
 2. Investitionen in die Zukunft
 3. Der Mensch im Mittelpunkt
 4. Bewältigung der weltweiten Herausforderung

- Das Grünbuch "Leben und Arbeiten in der Informationsgesellschaft - im Vordergrund der Mensch"¹⁵ vertieft den Dialog über die wichtigsten gesellschaftlichen und sozialen Aspekte.
- Eine Mitteilung "Normung und Informationsgesellschaft"¹⁶ untersucht die bestmöglichen Voraussetzungen für die Aufstellung von Normen.
- Die gesetzgeberische Transparenz auf dem Binnenmarkt für Dienste der Informationsgesellschaft¹⁷ soll vorangetrieben werden.

C. Regionalpolitische Aspekte der europäischen Informationsgesellschaft

Gemäß Art. 130 a Abs. 2 EG-Vertrag¹⁸ ist es insbesondere Ziel der Europäischen Gemeinschaft, "die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete ... zu verringern". In Ergänzung dieser Bestimmung gibt Art. 130 b Abs. 1 Satz 2 EG-Vertrag den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft auf, bei der Festlegung und Durchführung der Politiken und Aktionen der Gemeinschaft dieses Ziel zu berücksichtigen und zu seiner Realisierung beizutragen.

Das eingangs dargelegte enorme wirtschaftliche und technologische Entwicklungspotential der Informationsgesellschaft muß in einer zweiten Verwirklichungsphase durch aktive gestaltende Maßnahmen der Europäischen Union sowie der Mitgliedstaaten und Regionen konsequent genutzt werden, um die regionalpolitischen Vorgaben des EG-Vertrages im größtmöglichen Umfang umzusetzen.

C.1 Das regionalpolitische Idealbild der europäischen Informationsgesellschaft

Räumliche Standortnachteile abseits gelegener Regionen, bislang eine der natürlichen Barrieren, können heute durch den flächendeckenden Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erstmalig überwunden werden.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt bietet der geplante Europäische Informationsraum für abseits gelegene und strukturschwache Regionen eine Vielzahl von Vorteilen. - Einige Beispiele¹⁹, die zum Teil auch schon realisiert worden sind:

- Europaweiter Zugang zu Bibliotheken durch den Aufbau eines hochentwickelten transeuropäischen Netzes für Hochschulen und Forschungszentren;

- neue Formen der Flexibilität in bezug auf Arbeitsplatz und -organisation durch Entwicklung der Telearbeit über fortgeschrittene Informationssysteme;
- Eröffnung neuer Dimensionen für die allgemeine und berufliche Bildung durch hochentwickelte Fernunterrichtsdienste;
- Verbindung sämtlicher Partner des Gesundheitsfürsorgesystems auf europäischer Ebene durch Transeuropäische Netze.
- Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen in abgelegenen Regionen dürfte die Nutzung transeuropäischer Telematikdienste mit Verbindungen zu Behörden, Verbänden, Kunden, Lieferanten und anderen Anbietern von Informationsdiensten und -produkten von Interesse sein.

Die Nutzung dieser Vorteile der Informationsgesellschaft hängt jedoch zuallererst davon ab, daß den Nutzern vor Ort die notwendige Infrastruktur in Form von modernen Anschlüssen und Breitbandnetzen zur Verfügung steht. Gerade in strukturschwachen und abgelegenen Regionen ist dies aber häufig nicht der Fall, denn naturgemäß investieren den Marktgesetzen unterworfenen Privatunternehmen zunächst in Kernregionen, die die erforderliche Rendite versprechen.

Zur kurzfristigen Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes ist es daher erforderlich, daß die Europäische Gemeinschaft, ihre Mitgliedstaaten und die Regionen die gesamtgesellschaftlichen und regionalpolitischen Aspekte der Informationsgesellschaft in den Mittelpunkt rücken und das ordnungspolitische Regelwerk der Marktöffnung mit einer umfassenden Umsetzungsstrategie verbinden, die alle Akteure - staatliche, regionale und lokale Institutionen, Betreiber und Nutzer - einbezieht²⁰.

Aus regionalpolitischer Sicht ist das Idealbild der Europäischen Informationsgesellschaft erst erreicht, wenn in allen Regionen der Europäischen Union Bürger, Unternehmen und Organisationen gleichermaßen Zugang zu den Netzen der Informationsgesellschaft haben, in der Lage sind, die Nutzung der Netze zu zahlen und ausreichend ausgebildet sind, um die bereitgestellten Dienstleistungen in ausreichendem Maße als aktive Teilnehmer effizient und gewinnbringend in Anspruch zu nehmen.

C.2 Informationsgesellschaft und Kohäsion - der gegenwärtige Stand

Aus einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Studie²¹ geht hervor, daß heute noch ein starkes Gefälle zwischen reichen und armen Mitgliedstaaten besteht. So wendete der Verbraucher 1994 in den Kohäsionsregionen der vier

ärmsten Mitgliedstaaten Griechenland, Spanien, Portugal und Irland durchschnittlich 1,2 %, in den übrigen Mitgliedstaaten (einschließlich Österreich, Schweden und Finnland) hingegen nur 0,6 % des von ihm erwirtschafteten Bruttoinlandsproduktes für den PSTN-Anschluß (public switched telephone network) auf²².

Ein anderes Zugangskriterium zu den Informationstechnologien ist die Qualität der zur Verfügung gestellten Verbindungen. Auch hier gibt es gravierende Unterschiede. Pro 100 Hauptleitungen traten 1994 in den Kohäsionsregionen durchschnittlich 32,6 Fehler in den übrigen Mitgliedstaaten dagegen nur 11,3 Fehler auf²³.

85 % des Gebietes der übrigen Mitgliedstaaten, aber nur 32,3 % des Gebietes der Kohäsionsregionen sind an das ISDN-Netz angeschlossen²⁴.

Noch besorgniserregender als das Gefälle in der Europäischen Union hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten zu Informationssystemen und der damit verbundenen Kosten ist aber die Tatsache, daß sich dieses Gefälle in den kommenden Jahren noch verstärken wird, wenn nicht umgehend weitere Maßnahmen ergriffen werden.

So lagen die Pro-Kopf-Ausgaben für Telekommunikationstechnologien 1994 in den Kohäsionsländern im Durchschnitt bei 72,9 \$; in den übrigen Mitgliedstaaten investierte dagegen jeder Bürger mit 122,7 \$ 40 % mehr²⁵.

Diese Zahlen spiegeln nicht nur die Ausstattung der Bevölkerung mit modernen Technologien wider, sondern reflektieren mittelbar natürlich auch den Ausbildungsstand und damit die Fähigkeit zur Nutzung modernster Elektronik.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Europäische Union vom Idealbild eines Europäischen Informationsraumes, noch weit entfernt ist und daß darüber hinaus sogar die Gefahr besteht, daß sich vorhandene regionale Disparitäten verstärken, wenn nicht entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden.

C.3 Regionalpolitische Maßnahmen der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft

Die Europäische Kommission ist sowohl durch die Vorlage von Richtlinien und Verordnungen als auch im Rahmen von Pilotprojekten tätig geworden, um die Vorteile der europäischen Informationsgesellschaft zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zu nutzen. Auch werden erste Schritte eingeleitet, um Projekte zur verstärkten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der Strukturfonds fördern zu können.

Die am 13. März 1996 verabschiedete Mitteilung zum Universaldienst in der Telekommunikation²⁶ soll auch benachteiligten Regionen eine Perspektive für eine baldige Integration in die Informationsgesellschaft eröffnen.

Um der evolutionären Natur des Universaldienstkonzeptes gerecht zu werden, verpflichtet sich die Kommission darin, regelmäßige Berichte über Umfang, Qualität, Angebot und Erschwinglichkeit des Universaldienstes vorzulegen.

Der für Anfang 1998 vorgesehene erste Bericht wird sich vor allem mit der Frage auseinandersetzen, ob der gegenwärtig im wesentlichen auf die Bereitstellung des Sprachtelefondienstes über einen Festnetzanschluß beschränkte Universaldienst europaweit angepaßt werden sollte, um einer veränderten Nachfrage der Benutzer und der fortschreitenden technischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Weiterer Schwerpunkt des Berichts wird die Untersuchung der speziellen Auswirkungen der Liberalisierung in den weniger entwickelten und dünn besiedelten Regionen der Gemeinschaft sein.

Wie dargelegt, sind gerade in weniger entwickelten Gebieten Verzögerungen bei der Bereitstellung fortschrittlicher Dienste nicht auszuschließen, wenn die Entwicklung allein den Marktkräften überlassen wird. In solchen Fällen wird das Konzept des "öffentlichen Zugangs" zu Informationsdiensten an Bedeutung gewinnen, wonach in abgelegenen Gegenden zunächst öffentliche Einrichtungen²⁷ - z. B. Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Bibliotheken - an die modernen Informationsnetze angeschlossen werden sollen, um so eine Grundversorgung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Bereits jetzt hat die Kommission in ihrer Mitteilung die Mitgliedstaaten verpflichtet, das Angebot von Universaldiensten zu angemessenen Preisen zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Ziels müssen gegebenenfalls spezifische Maßnahmen - z. B. die Einführung von Sondertarifregelungen für besonders preiseempfindliche Nutzergruppen - ergriffen werden. Auch ist durch die Mitgliedstaaten sicherzustellen, daß regional unterschiedliche Preisentwicklungen innerhalb eines Mitgliedstaates infolge der unterschiedlichen Auswirkungen des Wettbewerbs etwa in ländlichen bzw. dünn besiedelten Gebieten die Erschwinglichkeit der Universaldienste nicht in Frage stellen.

Ausgehend davon, daß der Universaldienst zunächst auf den Sprachtelefondienst über Festnetzanschluß²⁸ beschränkt war, konnte die Mitteilung lediglich einen ersten Schritt darstellen, um eine gleichberechtigte Teilhabe auch entfernter und strukturschwacher Regionen an der Informationsgesellschaft zu gewährleisten. Über die in der Mitteilung verankerte Revisionsklausel besteht allerdings die Möglichkeit der Anpassung an die fortschreitende politische und technologische Entwicklung.

Neben diesen regulativen Maßnahmen hat die Kommission in den vergangenen Jahren mit mehreren Programmen Infrastrukturmaßnahmen im Telekommunikationssektor unterstützt.

Gleich in mehrfacher Hinsicht zukunftsweisend für eine regionalpolitisch orientierte und finanziell maßvolle Informationspolitik der Europäischen Union und damit bestes Beispiel für eine Maßnahme, durch die die regionale Zusammenarbeit bei der Entwicklung Europas zur Informationsgesellschaft gefördert wird, ist die erst Ende 1994 gestartete "Interregional Information Society Initiative", kurz IRISI²⁹:

- Im Mittelpunkt der durch IRISI initiierten Projekte stehen nutzerorientierte Anwendungen. Damit ist gewährleistet, daß die geförderten Projekte "Bodenhaftung" behalten, sich also an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren.
- Die Europäische Union legt für IRISI kein eigenständiges, die öffentlichen Kassen belastendes Förderprogramm auf, sondern geht davon aus, daß der private Sektor die finanzielle Hauptlast trägt.
- IRISI ist so strukturiert, daß jede Region eine eigene sog. "Steering-Group" bildet, in der alle für die Informationsgesellschaft relevanten Gruppen mitarbeiten: Vertreter des öffentlichen Sektors wie private Anbieter und Nutzer, Angehörige von Forschungseinrichtungen ebenso wie die Sozialpartner.
- Schließlich ist das Programm auch deshalb vorteilhaft, weil es das regionale Bewußtsein in Europa fördert: Die beteiligten Regionen arbeiten in einer sog. "Interregional Management Group" zusammen, die wiederum technische Hilfe vom "European Network Bureau" mit Sitz in Brüssel erhält.

Weitere Programme, mit denen die Europäische Union die Entwicklung Europas zur Informationsgesellschaft unterstützt hat, sind das STAR- und das TELEMATIK-Programm zur Förderung der regionalen Entwicklung auf dem Gebiet fortgeschrittener Kommunikationstechnologien³⁰ sowie das ERNACT-Programm zur Verbesserung der Anwendung von Kommunikationstechnologien durch lokale und regionale Institutionen³¹.

Aufbauend auf den vielversprechenden Erfahrungen mit der IRISI-Initiative hat die Kommission auch bereits weitere strukturpolitische Maßnahmen eingeleitet.

Auf der Grundlage von Art. 10 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung bzw. Art. 6 des Europäischen Sozialfonds wurden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, um weiteren Regionen bei der Ausarbeitung einer Strategie

und eines Aktionsprogramms für den Übergang zur Informationsgesellschaft sowie bei der Planung und Einführung von gemeinsamen Anwendungen zu unterstützen. Mit einer Beschlußfassung über die vorgelegten Projekte ist im Frühjahr 1997 zu rechnen.

Dies alles sind natürlich erst Pilotprojekte und Feldversuche, die den Nachteil haben, daß sie sowohl in finanzieller als auch in zeitlicher Hinsicht eng begrenzt sind und keine nachhaltigen Wirkungen zeitigen.

Die Europäische Kommission hat deshalb erste Schritte unternommen, um benachteiligte Regionen auch im Rahmen von Strukturfondsprojekten bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien stärker zu unterstützen.

In den neuen Leitlinien für die zweite Programmperiode der Ziel-2-Gebiete (Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung)³² werden die Regionen ausdrücklich aufgefordert, das Potential moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung des strukturellen Wandels und zur Entwicklung des industriellen Wachstums zu nutzen.

Im Rahmen der im nächsten Frühjahr anstehenden Halbzeitbilanz der Ziel-1-Programme für Regionen mit Entwicklungsrückstand besteht die nächste Gelegenheit, den Beitrag der Informationstechnologien zur Förderung anderer struktureller Ziele stärker zu berücksichtigen.

Auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten wächst das Bewußtsein für die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der Strukturpolitik.

Als erste Mitgliedstaaten verwenden Schweden und Finnland nicht nur einen größeren Anteil der zur Verfügung stehenden Fondsmittel für Maßnahmen zur Verwirklichung der Informationsgesellschaft als andere Mitgliedstaaten. Darüber hinaus betreiben diese beiden Länder auch eine nachfrageorientierte Förderpolitik, indem sie kleine und mittlere Unternehmen bei der Anwendung von Informationstechnologien unterstützen, internationales Know-how und Strategiekompetenz vermitteln und verschiedene Lernorte miteinander vernetzen.

Etwa 5,5 % der insgesamt für schwedische Ziel-6-Gebiete zur Verfügung stehenden EU-Mittel werden unmittelbar für die Förderung der Informationsgesellschaft ausgegeben. Dies ist fast das Dreifache der durchschnittlich europaweit in Ziel-1-Gebieten aufgewendeten Mittel (ca. 2 %).

Das Beispiel Schweden kann wegen der besonderen Geographie des Landes und des traditionell hohen Ranges der schwedischen Telekommunikationsindustrie

zwar nicht ohne weiteres auf alle anderen Mitgliedstaaten der EU übertragen werden; die geschilderten Ansätze sind jedoch vorbildhaft und wegweisend.

Da die konkrete Ausarbeitung und Umsetzung der Gemeinschaftlichen Förderkonzepte aber primär in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und Regionen liegt, muß der Anstoß für eine Integration des Ziels der Verwirklichung der Informationsgesellschaft von der regionalen und mitgliedstaatlichen Ebene kommen. Der Kommission bleibt hier im wesentlichen nur die Rolle der "konstruktiven und moderierenden Begleiterin".

C.4 Aktuelle Initiativen der Europäischen Kommission

Um für eine aktive Gestaltung der Informationsgesellschaft zu werben und Anstöße für eigene Initiativen auf regionaler Ebene zu geben, werden die Kommissare Dr. Martin Bangemann (Industrie, Informationstechnologien und Telekommunikation) und Dr. Monika Wulf-Mathies (Regionalpolitik und Kohäsion) am 30. und 31. Januar 1997 Vertreter aller Regionen, die an Strukturprojekten zur Förderung der Informationsgesellschaft beteiligt sind, zu einer "Mobilisierungskonferenz" nach Brüssel einladen.

Ziel dieser Konferenz wird es sein, Erfahrungen und best practices auszutauschen und in die Strukturpolitik zu integrieren. Darüber hinaus soll die Veranstaltung Ausgangspunkt eines breit angelegten Diskurses und einer Vielzahl von Initiativen auf regionaler Ebene unter Beteiligung aller relevanten Gruppen sein und alle Akteure in den Regionen - Betreiber, Hersteller, regionale und nationale staatliche Institutionen sowie Nutzergruppen - dazu mobilisieren, ihren spezifischen Beitrag für die zweite Phase der Verwirklichung der Informationsgesellschaft zu leisten.

Darüber hinaus wird derzeit eine Mitteilung der Kommission an Rat, Europäisches Parlament, den Ausschuß der Regionen und den Wirtschafts- und Sozialausschuß zum Thema "Regionalpolitik und Informationsgesellschaft" erarbeitet, in der die Kommission ausführlich den Status quo analysieren und Vorschläge für die zweite Phase der Verwirklichung der Europäischen Informationsgesellschaft entwickeln wird.

D. Schluß

Die gegenseitige Verflechtung einer Politik zur Vollendung der Informationsgesellschaft in Europa und der bestehenden Regional- und Strukturpolitik bedarf zweier Schritte: Zum einen muß gezeigt werden, in welchem Maße es möglich ist, die beiden Politiken stärker miteinander zu verzahnen und auf gemeinsame

Grundausrichtungen hin zu überprüfen. Des weiteren wird es darum gehen, in Form von konkreten Projekten diejenigen praktischen Anwendungen zu identifizieren, mit denen den Bürgern Europas in praktischer und anschaulicher Form gezeigt werden kann, wie die wirtschafts- und regionalpolitischen Implikationen der Informationsgesellschaft politisch gestaltet werden können.

Im vorliegenden Aufsatz haben wir zunächst das Spannungsverhältnis zwischen den bisherigen Liberalisierungsmaßnahmen im Bereich der Telekommunikation aufgezeigt und einen Überblick über notwendige Regulierungsmaßnahmen nach dieser Liberalisierung³³ gegeben.

Für die Struktur- und Regionalpolitik bietet die flächendeckende Nutzung der Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnologien eine große Chance, die Kluft zwischen strukturschwachen Rand- und wohlhabenden Kernregionen zu verringern und so die "Tyrannei der Geographie" zu überwinden. Der "Tod der Distanz" führt somit zu neuen Wettbewerbs- und Wirtschaftsbeziehungen zugunsten der Peripherie.

Um politische Leitlinien für die bessere Nutzung der Chancen der Informationsgesellschaft im Rahmen der Regional- und Strukturpolitik zu setzen, hat die Kommission für Anfang 1997 eine Mitteilung zum Thema "Kohäsion und Informationsgesellschaft" angekündigt, deren Ziel es sein wird,

- die Kohärenz der Aktionen auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft und der Regionalpolitik zu verbessern,
- das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes in zukünftigen Gesetzesvorhaben besonders zu berücksichtigen sowie
- die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und Regionen zugunsten der Weiterführung der Informationsgesellschaft aus den Mitteln der Strukturfonds zu unterstützen.

Der Erfolg der weiteren Umsetzung der Europäischen Informationsgesellschaft wird nach unserer Ansicht in dieser zweiten Phase auch davon abhängen, daß die Europäische Kommission ihre im Dynamischen Aktionsplan³⁴ vom November 1996 angegekündigten Maßnahmen planmäßig umsetzen kann. Die Regionen und die wirtschaftlichen Akteure vor Ort bedürfen in einem immer mehr wettbewerblich gestalteten Umfeld sowohl der entsprechenden Handlungs- und Entschließungsfreiheit als auch eines geeigneten regionalpolitischen Instrumentariums, um die Vorteile der Informationsgesellschaft voll und ganz nutzen zu können.

Anmerkungen:

¹ Vgl. u.a.: Théry, Gérard, *Les autoroutes de l'information*, Rapport au Premier Ministre, Paris 1994, Dehaene, Jean-Luc, *La société de l'information*, Brüssel 1995, Marchipont, Jean-François, *Les nouveaux réseaux de l'information*, Paris 1995, Bundesministerium für Wirtschaft: *Info 2000: Deutschland auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Bonn 1996.

² Beilage 6/93 zum Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, herausgegeben vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.

³ Ebda., S. 103.

⁴ Ebda., S. 104.

⁵ Siehe Bericht der Bundesregierung "Info 2000 - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft", herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft (1996), S. 17.

⁶ Quelle: *Die Informationsgesellschaft - Fakten, Analysen, Trends*, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft (Stand: November 1995), S. 3.

⁷ Neben Deutschland haben in der Europäischen Union zehn weitere Mitgliedstaaten (Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Belgien, die Niederlande, Italien, Portugal, Schweden und Finnland) ihre staatseigenen Telekomunternehmen privatisiert bzw. sind im Begriff, diesen Schritt zu vollziehen. Noch vor 15 Jahren deckten in allen genannten Ländern staatseigene Monopole den Telefonsektor ab.

⁸ Beilage 6/93 Bulletin der Europäischen Gemeinschaften.

⁹ sog. Bangemann-Bericht: *Europa und die globale Informationsgesellschaft - Empfehlungen für den Europäischen Rat*, Brüssel 1994.

¹⁰ KOM (94) 347 endg.

¹¹ Griechenland, Irland, Luxemburg und Portugal hatten eine Fristverlängerung für die Einführung des freien Wettbewerbs in ihrem Land bis zum Jahr 2003 beantragt, gem. Beschluß der Europäischen Kommission vom 26. November 1996 muß Irland seine Telekommunikationsmärkte bis Ende 1999 freigeben.

¹² Dieser Gipfel fand seine Fortsetzung im Mai 1996 in Pretoria und Rom und im September 1996 in Prag. Damit konnten die Entwicklungsländer, die Mittelmeerstaaten und auch die Mittel- und Osteuropäischen Staaten in die Entwicklung einbezogen werden.

¹³ Auskünfte zu Einzelfragen erteilt:

BIG (Büro für die Informationsgesellschaft)
Europäische Kommission
BU 24 2/78
B - 1049 Bruxelles
Telefon: + 32.2.296.88.00 oder + 32.2.296.89.00
Fax: + 32.2.299.41.70 oder + 32.2.299.41.80
Gebührenfreies Telefon von Deutschland: 0130.82.19.43

¹⁴ KOM (96) 395 endg.

¹⁵ KOM (96) 389 endg.

¹⁶ KOM (96) 359 endg.

¹⁷ KOM (96) 362 endg.

¹⁸ Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung vom 7. Februar 1992.

¹⁹ Vgl. Bangemann-Bericht, a.a.O., S. 25ff., verschiedene Gebietskörperschaften haben die Herausforderung durch die Informationsgesellschaft bereits angenommen, europaweite Aktivitäten finden beispielsweise unter den Themenbezeichnungen "Tele-Cities", "Digital Cities", "Euro-Cities" und "Bangemann-Challenge" statt.

²⁰ Vgl. auch Erster Bericht des Forums der Informationsgesellschaft: Netze für Bürger und ihre Gesellschaft, Brüssel 1996.

²¹ "An Assessment of the Social and Economic Cohesion Aspects of the Development of the Information Society in Europe", gemeinsam erarbeitet von NEXUS Europe (Dublin), dem Centre for Urban and Regional Development Studies der Universität Newcastle und Culture and Communication Studies (Odense), Januar 1996.

²² Ebda., S. 48.

²³ Ebda., S. 45.

²⁴ Ebda., S. 45.

²⁵ Ebda., S. 53.

²⁶ KOM (96) 73 endg.

²⁷ Vgl. hierzu auch die Mitteilung über Bewertungskriterien für nationale Systeme..., KOM (96) 608 endg.

²⁸ Über diesen Anschluß können zusätzlich lediglich ein Fax und ein Modem betrieben werden. Darüber hinaus ist im Rahmen des Universaldienstes nur der Zugang zu Vermittlungshilfen, Notruf- und Auskunftsdiensten sowie die Bereitstellung öffentlicher Telefone gewährleistet.

²⁹ Bei diesem Programm handelt es sich um eine Gemeinschaftsaktion der Regionen Sachsen, Nordwestengland/Manchester, Nord pas de Calais, Piemonte/Turin, Valencia und Mazedonien/Thessaloniki in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Ziel der Initiative ist es, durch die Umsetzung marktfähiger Telematikanwendungen und die Schaffung von öffentlichem Bewußtsein die Entwicklung Europas zur Informationsgesellschaft zu forcieren. Erfasst werden soll dabei die ganze Bandbreite der im bereits erwähnten "Bangemann-Bericht" genannten Anwendungsfelder: Telearbeit, Telelernen, Vernetzung von Forschungseinrichtungen, Telematikdienste für kleine und mittlere Unternehmen, Telemedizin, Teleadministration, Televerkehrsmanagement, Tele Air Control und City Information Highways.

³⁰ Beide Programme liefen von 1987 bis 1994 und umfaßten 360 Millionen ECU. Die Bandbreite der geförderten Projekte reichte von der Entwicklung neuer Telematikdienste über die Verbreitung preiswerter Terminalausstattungen bis zur Errichtung von Telezentren unterschiedlicher Art.

³¹ ERNACT ("European Regions Network for the Application of Communications Technology") diente dazu, die Anwendung von Kommunikationstechnologien durch lokale und regionale Institutionen zu verbessern. Gleichzeitig sollte herausgefunden werden, inwieweit Kommunikationstechnologien genutzt werden können, um die Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Stellen in Europa effizienter zu gestalten. ERNACT lief von 1991 bis Ende 1994. Beteiligt waren Verwaltungen im Grenzbereich von Irland und Nordirland. Finanziert wurde das Programm aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung.

³² Erschienen als internes Kommissionsdokument C (96) 952 vom 17.04.1996.

³³ Die Mitteilung der Kommission vom 26. November 1996: Europa als Wegbereiter der globalen Informationsgesellschaft: Dynamischer Aktionsplan, KOM (96) 607 endg. zeigt wichtige Aktionen, insbesondere gesetzgeberische Maßnahmen, auf europäischer Ebene in transparenter Weise auf.

³⁴ KOM (96) 607 endg.

Die Autoren:

Dr. Harald Lob ist abgeordneter nationaler Experte der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Kabinett von EU-Kommissar Dr. Martin Bangemann.

Matthias Oel war bis Ende 1996 abgeordneter nationaler Experte des Bundesministeriums für Wirtschaft im Kabinett der EU-Kommissarin, Frau Dr. Monika Wulf-Mathies, seither ist er der für Industriepolitik zuständige Referent in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union.

Die Autoren geben in diesem Beitrag ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

OCCASIONAL PAPERS

Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF) / edited by the European Centre for Research on Federalism (ECRF), Tübingen:

- Nr. 1: **STURM, Roland**, Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market, 1994, ISBN 3-980 3672-0-7, DM 5,-
- Nr. 2: **HAVERLAND, Markus**, Europäische Integration im Spannungsverhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung, 1995, ISBN 3-980 3672-1-5, DM 6,-
- Nr. 3: **FECHTNER, Detlef**, Abschied vom kompensatorischen Föderalismus, 1995, ISBN 3-980 3672-2-3, DM 8,-
- Nr. 4: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1995, ISBN 3-980 3672-3-1, DM 8,-
- Nr. 5: **GROSSE HÜTTMANN, Martin**, Das Subsidiaritätsprinzip in der EU - eine Dokumentation, 1996, ISBN 3-980 3672-5-8, DM 14,-
- Nr. 6: **ILLÉS, Iván**, Carpathian (Euro)Region, 1996, ISBN 3-9803672-6-6, DM 10,-
- Nr. 7: **HORVÁTH, Gyula**, Transition and Regionalism in East-Central Europe, 1996, ISBN 3-9803672-7-4, DM 10,-
- Nr. 8: **HRBEK, Rudolf/WILL, Oliver** (Hrsg.), Erfahrungen, Probleme und Perspektiven grenzüberschreitender Kooperation (in Vorbereitung)
- Nr. 9: **HANNOWSKY, Dirk/RENNER, Andreas**, Subsidiaritätsprinzip, Bürgersouveränität und Ordnungswettbewerb. Ordnungstheoretische Überlegungen zur Ausgestaltung einer präferenzkonformen Ordnung Europas, 1996, ISBN 3-9803672-4-X, DM 10,-
- Nr. 10: **KROPP, Sabine**, Dezentralisierung und Transformation in Rußland, 1996, ISBN 3-9803672-8-2, DM 10,-
- Nr. 11: **STURM, Roland**, Strategien intergouvernementalen Handelns. Zu neueren Tendenzen des Föderalismus in Deutschland und den USA, 1996, ISBN 3-9803672-9-0, DM 8,-
- Nr. 12: **LÜTZEL, Christof**, Frankreich auf dem Weg zum Föderalismus? Regionalisierung, Dezentralisierung, Subsidiarität und die künftige Struktur der Europäischen Union aus französischer Sicht (in Vorbereitung)
- Nr. 13: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Regionen und Kommunen in der EU und die Regierungskonferenz 1996, 1996, ISBN 3-9805358-0-0, DM 10,-
- Nr. 14/1: **LOB, Harald / OEL, Matthias**, Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der Europäischen Informationsgesellschaft, 1997, ISBN 3-9805358-1-9, DM 8,-
- Nr. 14/2: **STURM, Roland / WEINMANN, Georg / WILL, Oliver**, Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Perspektiven der Forschung (im Erscheinen)
- Nr. 15: **MÜHLBACHER, Georg**, Italien auf dem Weg zu einem föderalen Staat? (im Druck)
- Nr. 16: **Kommission Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Mailand**, Regionale Autonomie und solidarischer Föderalismus. Übersetzt von Thomas Häring und Ulrich Rösslein (in Vorbereitung)

Bezug direkt über Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Adresse siehe Seite 2),

Tel.: ++49 (0)7071 / 297 7190

Fax: ++49 (0)7071 / 922876

Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden:

- Band 1: **KNIPPING, Franz** (Ed.), Federal Conceptions in EU-Member States. Traditions and Perspectives, 1994, ISBN 3-7890-3663-3, DM 78,-
- Band 2: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Europäische Bildungspolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1994, ISBN 3-7890-3656-0, DM 48,-
- Band 3: **RAICH, Silvia**, Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen". Dargestellt anhand der Fallbeispiele Großregion Saar-Lor-Lux, EUREGIO und „Vier Motoren für Europa“ - Ein Beitrag zum Europäischen Integrationsprozeß, 1995, ISBN 3-7890-3657-9, DM 58,-
- Band 4: **ALEN, André**, Der Föderalstaat Belgien, Nationalismus - Föderalismus - Demokratie. Mit dem Text der neuen Belgischen Verfassung, 1995, ISBN 3-7890-3791-5, DM 36,-
- Band 5: **STURM, Roland** (Hrsg.), Europäische Forschungs- und Technologiepolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1996, ISBN 3-7890-4149-1, DM 48,-
- Band 6: **WEBER-PANARIELLO, Philippe A.**, Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1995, ISBN 3-7890-4120-3, DM 79,-.
1996 wurde dieser Band mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus ausgezeichnet.
- Band 7: **KINSKY, Ferdinand/KNIPPING, Franz** (Eds.), Le "fédéralisme personnaliste" aux sources de l'Europe de demain. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Hommage à Alexandre Marc, 1996, ISBN 3-7890-4190-4, DM 79,-

- Band 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union - Erfahrungen und Perspektiven, 1995, ISBN 3-7890-4142-4, DM 49,-
- Band 9: **COLLIER, Ute / GOLUB, Jonathan / KREHER, Alexander** (Eds.), Subsidiarity and Shared Responsibility: New Challenges for EU Environmental Policy (im Erscheinen)
- Band 10: **AGRANOFF, Robert** (Ed.), Asymmetrical Federalism (in Vorbereitung)
- Band 11: **AMMON, Günter et al.** (Ed.), Föderalismus oder Zentralismus? Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell, 1996, ISBN 3-7890-4446-6, DM 58,-
- Band 12: **SCHULTZE, Claus**, Die deutschen Kommunen in der Europäischen Union - Europabetroffenheit und Interessenwahrnehmung (im Erscheinen)

Die Bände der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF) sind über den Buchhandel oder direkt bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden zu beziehen.

ISBN 3-9805358-1-9